

Kroatien

Sinisa Kusic

Ein Jahr EU-Mitgliedschaft liegt hinter Kroatien. Wurde schon der EU-Beitritt von den Bürgern nicht gerade überschwänglich begleitet, so ist nach den ersten 12 Monaten größtenteils Ernüchterung eingetreten. Der Grund dafür ist leicht auszumachen. Anders als versprochen, hat der Beitritt zur EU keinen positiven Impuls ausgelöst, stattdessen tritt die Wirtschaft weiterhin auf der Stelle. Der Lebensstandard breiter Teile der Gesellschaft schrumpft, das Vertrauen in die politische Elite ist auf dem Tiefpunkt. Entsprechend gering (ca. 25%) fiel auch die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 aus. Die Regierung um Zoran Milanovic (SDP) scheint kein Konzept zu haben, um die Stagnation zu beenden und das Land auf Wachstumskurs zu bringen. Die Opposition um Tomislav Karamarko (HDZ) sieht dagegen Chancen auf baldige Regierungsübernahme, entsprechend bereitet man sich schon auf die kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vor.

Referendum der Bürgerinitiative „Im Namen der Familie“

Bereits wenige Monate nach dem EU-Beitritt wurde in Kroatien in einem landesweiten Referendum darüber entschieden, ob gleichgeschlechtliche Partnerschaften einer Ehe gleichgesetzt und damit legalisiert werden sollten, wie es die Regierung mit einer Gesetzesänderung durchsetzen wollte. Bei dieser Volksentscheid, das zuvor mithilfe von 740.000 Unterschriften erzwungen wurde, hat Zeljka Markic von der Bürgerinitiative „U ime obitelji“ (Im Namen der Familie) einen unerwarteten Sieg davongetragen, und der Regierung eine herbe Niederlage beigefügt. Die Niederlage wiegt dabei umso schwerer, als sich sowohl das öffentliche Fernsehen und die Printmedien, als auch Ministerpräsident Milanovic und Präsident Josipovic eindeutig gegen das Referendum bzw. einen positiven Ausgang des Referendums ausgesprochen haben. Bei seiner Stimmabgabe sagte Milanovic das Referendum sei „traurig und sinnlos“. Ungeachtet dieser Stellungnahmen und trotz des Medienboykotts hat die Mehrheit der am Referendum teilgenommenen Kroaten (etwa 66%) dafür votiert, dass die Ehe ausschließlich als Gemeinschaft von Mann und Frau in die kroatische Verfassung aufgenommen wird.

Europawahl 2014 und anstehende Präsidentschaftswahlen

Bei der Europawahl im Mai 2014 konnte die wieder erstarkte HDZ zulegen und der Partei von Ministerpräsident Milanovic eine empfindliche Schlappe erteilen. Das von der HDZ angeführte konservative Wahlbündnis erhielt 41,4% der Stimmen und stellt nun sechs der 11 kroatischen EU-Abgeordneten. Die Liste der Regierungskoalition kam auf 29,9% und stellt lediglich 4 Abgeordnete. Der Wahlausgang kann dabei als erster Indikator für die 2016 angesetzten Parlamentswahlen gesehen werden, zumal in der Folge auch regionale Wahlen zugunsten der HDZ entschieden wurden, wie etwa die Bürgermeisterwahl in Vukovar. Der Vorsitzende Tomislav Karamarko hatte zuvor die am Boden liegende HDZ von Jadranka Kosor übernommen, reorganisiert und auf Kurs gebracht. In den Umfragen rangiert sie inzwischen vor der regierenden SDP. Für den Rückgang der Zustimmung ist die regierende Partei selbst verantwortlich, vom ursprünglichen „Plan 21“ der Kukuriku-Koalition ist nichts mehr übrig geblieben. Statt energisch die Wirtschaftsprobleme anzu-

gehen, habe sich die Regierung, so die Analysten, in den vergangenen Monaten auf vielen politischen Feldern verzettelt und alte Gräben in der Gesellschaft weiter vertieft. Ministerpräsident Milanovic genießt nach den Wahlschlägen auch innerhalb seiner eigenen Partei immer weniger Ansehen, spätestens mit der Entlassung von Finanzminister Slavko Linic (SDP) hat sich ein heftiger innerparteilicher Machtkampf entwickelt.

Die nächste Bewährungsprobe für Milanovic und SDP werden die kommenden Präsidentschaftswahlen mit sich bringen. Auch wenn bis dahin noch einige Zeit verbleibt, scheint die heiße Phase des Wahlkampfes bereits begonnen zu haben. Neben dem amtierenden Ivo Josipovic, der von der SDP unterstützt wird und sich für ein weiteres Mandat bewirbt, steigt Kolinda Grabar-Kitarovic in den Ring. Sie wird von der HDZ und den kleineren Koalitionspartnern unterstützt. Liegt die ehemalige Außenministerin und jetzige stellvertretende Generalsekretärin der NATO zur Zeit in den Umfragen noch hinter Josipovic, so trauen ihr politische Beobachter durchaus einen erfolgreichen Endspurt zu. Inzwischen haben auch andere politische Akteure aus dem linken wie dem rechten Lager ihre Kandidatur angekündigt, dennoch sollte die Präsidentschaftswahl wohl zwischen den Kandidaten von SDP und HDZ entschieden werden.

Wirtschaftliche Lage

Auch nach einem Jahr EU-Mitgliedschaft lassen die wirtschaftlichen Indikatoren keinen Aufschwung erkennen. Stattdessen setzt sich die Stagnation auch 2014 fort. Obwohl die Regierung in Zagreb für 2014 immer noch von einem minimalen Wachstum von etwa 0,2% ausgeht, wird am Jahresende wohl ein negatives Vorzeichen stehen. Die bereits hohe Arbeitslosigkeit im Jahre 2013 hat sich bis Mitte 2014 nochmals erhöht. Sie liegt inzwischen bei knapp 22%, Tendenz steigend. Besorgniserregend ist dabei insbesondere die hohe Arbeitslosenzahl unter den Jugendlichen, fast jeder zweite ist ohne festen Job.¹ Anders als erhofft hat der EU-Beitritt kaum neue Unternehmen und Investoren ins Land gebracht, gleichzeitig nimmt die Zahl der Unternehmen, die ihre Tore für immer schließen, zu. Als Gründe werden vergleichsweise hohe Lohnnebenkosten, steigende Steuern, rigide Arbeitsgesetze und eine ausufernde Bürokratie genannt, wie der Global Competitiveness Report (Platz 81) und der Doing-Business-Report (Platz 84) bestätigen. Gleichzeitig nimmt die Staatsverschuldung zu, sie hat inzwischen die Grenze von 60% der Wirtschaftsleistung überschritten. Nach Kommissionsberechnungen stieg das kroatische Defizit Anfang 2014 auf 5,4% mit Aussicht bis Jahresende auf 6,5% anzusteigen. Dementsprechend haben die EU-Finanzminister Anfang 2014 ein Defizitverfahren eingeleitet und die kroatische Seite aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen, um spätestens 2016 die Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen.² Eine langfristige Strategie, wie Kroatien wieder auf den Wachstumspfad einschwenken könnte, ist nicht in Sicht. Nach wie vor leidet das Land unter den tief liegenden strukturellen Problemen. Zwar hat der Präsident in seiner Rede Anfang 2014 einige der Ursachen offen benannt, insbesondere den übergroßen und ineffizienten öffentlichen Sektor, die Regierung zeigt allerdings wenig Neigung an diesem Missstand etwas zu ändern, obwohl etwa 25% der Wirtschaftsleistung für Löhne im öffentlichen Dienst ausgegeben werden. Statt auf Ausgabenkürzungen zu setzen, werden weitere Steuern ins Leben gerufen, wie etwa die Steuern auf Spareinlagen oder das Glückspiel. Die Einführung einer Immobiliensteuer ist mit der Entlassung des Finanzministers Linic vorerst vom Tisch.

1 Wirtschaftswoche: Kroatien, Schulden machen an der Adria, 28. Februar 2014.

2 Die Welt, EU eröffnet Strafverfahren gegen EU-Neuling Kroatien, 28. Januar 2014.